

HOCHTAUNUSGERECHT.

Wahlprogramm der SPD Hochtaunus 2011 bis 2016

SPD UB Hochtaunus
Nehringstraße 12

61352 Bad Homburg



Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gemeinsam mit den vielen ehrenamtlich Tätigen in Vereinen, Verbänden und Gruppen, deren Engagement wir ausdrücklich unterstützen, arbeiten wir im Hochtaunuskreis, seinen Städten und Gemeinden, mit allem Einsatz für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger, sowie für mehr Chancengleichheit bei der Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben.

In unserem Landkreis werden Menschen in Krisensituationen nahezu allein gelassen. Beratungs-, Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind dringend zu verstärken, um den Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft eine lebenswerte Perspektive in unserem Hochtaunuskreis zu bieten. Ein Landkreis, der mit zu den reichsten in Hessen zählt, hat hier eine besondere Verantwortung. Zusammen mit den freien Trägern der Wohlfahrts- pflege müssen Konzepte zur Qualifizierung von arbeitslosen Menschen entwickelt werden, die den Betroffenen realistische Aussichten auf ein selbst gestaltetes Leben ermöglichen. Dies stärkt den sozialen Zusammenhalt der Menschen und schafft Verständnis für das Miteinander.

Viele Maßnahmen, die für uns alle unstrittig zur Verbesserung der Bildungs- und Lebens- qualität beitragen, werden im Hochtaunuskreis nicht schnell genug umgesetzt. Die Vorhaben im Schulbauprogramm sind nicht seriös finanziert. Ausstehende Sanierungen benachteiligen die Kommunen und letztendlich auch die betroffenen Schülerinnen und Schüler. Bei der Realisierung der Projekte kommen die örtlichen Handwerks- und Handelsbetriebe, die auch die meisten jungen Menschen ausbilden und Arbeitsplätze sichern, oft nicht zum Zuge.

Selbstverständlich muss die Schuldenspirale des Kreishaushaltes gestoppt werden. Bei knappen Haushaltsmitteln sind Prioritäten zu setzen. Dieser Vorbehalt gilt auch für die poli- tischen Ziele in unserem Wahlprogramm. Es lassen sich jedoch zahlreiche Einsparmöglich- keiten definieren; so bspw. die Beendigung der von der Landesregierung erzwungenen Zu- sammenarbeit der Kreise, Städte und Gemeinden in der Rhein-Main-Region sowie die hohe Kosten verursachenden, unausgewogenen Bau- und Ausstattungsstandards der Schulen im Kreisgebiet.

Wir wollen die Kreispolitik fair und sozial gerecht für alle gestalten. Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Stimme am 27. März 2011.

Vielen Dank!

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen



Matthias Bergmeier

Vorsitzender SPD Hochtaunus

Wahlprogramm der SPD Hochtaunus zur Kommunalwahl 2011

1.	ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DES HOCHTAUNUS IN DER REGION RHEIN-MAIN	4
1.1.	GERECHTE WOHNUNGSPOLITIK IM VORDERTAUNUS	4
1.2.	GERECHTER ARBEITSMARKT	4
1.3.	KEIN KAHLSCHLAG IM USINGER LAND	5
1.4.	VERKEHRSANBINDUNG ZUR HERSTELLUNG VON CHANCENGLEICHHEIT	5
1.5.	INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN	6
2.	GERECHTE UND NACHHALTIGE FINANZWIRTSCHAFT	6
3.	GERECHTE POLITIK FÜR FAMILIEN	7
3.1.	VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF	8
3.2.	SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK MIT BLICK AUF NACHFOLGENDE GENERATIONEN.....	8
3.3.	GERECHTE POLITIK FÜR KINDER UND JUGENDLICHE	10
3.4.	POLITIK FÜR DIE ÄLTERE GENERATION	11
4.	HOCHTAUNUS MIT GERECHTER SOZIALPOLITIK	12
4.1.	HILFEN FÜR DIE GESUNDHEIT UND EIN WÜRDIGES LEBEN	12
4.2.	GERECHTE POLITIK BEI ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT	13
4.3.	SCHUTZ VON OPFERN HÄUSLICHER GEWALT	14
4.4.	MENSCHENWÜRDIGER UMGANG MIT ASYLBEWERBERN UND FLÜCHTLINGEN.....	14
5.	UMWELTBEWUSSTE REGION MIT FREIZEITWERT	15
5.1.	SPORT UND FREIZEIT	15
5.2.	KULTUR	16
5.3.	INTEGRATION	16
5.4.	UMWELT SCHÜTZEN UND ERHALTEN.....	17
5.5.	REGENERATIVE ENERGIEN	17

Impressum

Herausgeber

SPD Unterbezirk Hochtaunus
Postfach 2236
61292 Bad Homburg v.d.H.
Tel. 0 61 72- 49 22 49

Verantwortlich für den Inhalt

Matthias Bergmeier, Vorsitzender des SPD Unterbezirks Hochtaunus

1. Zukunftsfähigkeit des Hochtaunus in der Region Rhein-Main

Der Hochtaunus als nach wie vor einer der einkommensstärksten Landkreise Deutschlands steht innerhalb der Region in einer besonderen Verantwortung. Die Verantwortung gilt für seine Rolle im Ballungsraum Rhein-Main durch die Verzahnung in der Wirtschaftsförderung, Kultur und Zusammenarbeit in der Region. Diese Verantwortung hat er jedoch in besonderem Maße für seine Bürgerinnen und Bürger. Hierbei sind die unterschiedlichen Anforderungen des Vordertaunus einerseits und des Usinger Landes andererseits gleichermaßen zu berücksichtigen. Die Sicherung und Erhaltung gleicher Lebensbedingungen im Vordertaunus wie im Usinger Land muss vordringliche Aufgabe der Kreispolitik sein.

1.1. Gerechte Wohnungspolitik im Vordertaunus

Im Vordertaunus wird die gerechte Wohnungspolitik über dessen Zukunftsfähigkeit entscheiden. Immer weniger bezahlbarer Wohnraum durch Entfall von Belegrechten führt zu einer Überalterung der Bevölkerungsstruktur bei gleichzeitig größeren Problemen, Pflegekräfte und Mitarbeiter für soziale Dienste zu gewinnen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch für Menschen mit niedrigerem Einkommen im Hochtaunuskreis ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht. Für Arbeitslosengeld II-Bezieher oder Menschen, die wegen einer Benachteiligung oder wegen Krankheit auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, müssen die Mietobergrenzen, gemessen an der ortsüblichen Vergleichsmiete der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, deutlich angehoben werden. In den vergangenen Jahren fielen immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung und wurden dem privaten Wohnungsmarkt zugeführt. Die SPD setzt sich dafür ein, dass insbesondere im Vordertaunus der öffentliche Wohnungsbau in allen Kommunen wieder stärker gefördert wird und dass dem stetig fortschreitenden Wegfall von Belegrechten aktiv entgegengewirkt wird.

1.2. Gerechter Arbeitsmarkt

Die kommunale Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung werden wir stärker am Bedarf der Menschen orientieren, sie darf nicht technokratisch aus dem Landratsamt umgesetzt werden. Das in Kraft getretene Hartz IV-Gesetz zeigt, dass bei engagiertem und konsequentem Handeln vielen Arbeitssuchenden die Integration in die Berufswelt möglich ist. Der Gedanke des Hartz IV-Gesetzes muss zweckmäßig und zielgerichtet angewendet werden. Es bleibt das Ziel der SPD, für langzeitarbeitslose Menschen das Fördern dem Fordern voranzustellen. Wir tun alles dafür, dass Langzeitarbeitslose in

ihrer heimischen Umgebung Arbeit finden und Unterstützung erfahren, die den Lebensbedingungen im Taunus angemessen ist.

1.3. Kein Kahlschlag im Usinger Land

Das Usinger Land ist für den Hochtaunuskreis ein entscheidender Bestandteil und darf nicht weiter zum Spielball der finanzpolitischen Manövriermasse der schwarz-gelben Landesregierung und einer willfährigen Koalition auf Kreisebene werden. Die geplante Schließung des Amtsgerichts Usingen ist nur ein weiterer Akt in der Schwächung des ländlichen Raums. Um die Zukunftsfähigkeit auch im Usinger Land zu erhalten, ist nicht nur die Entscheidung zum Amtsgericht zu revidieren. Es ist unser Anliegen, dass solche Entscheidungen nicht im Landratsamt vor den Bürgern verheimlicht werden. Wir werden gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den Widerstand gegen solche Entscheidungen rechtzeitig gegenüber dem Land artikulieren.

1.4. Verkehrsanbindung zur Herstellung von Chancengleichheit

Die Verkehrspolitik hat für die Zukunftsfähigkeit von Vorder- wie im Usinger Land entscheidende Bedeutung. Der Kreis soll auch in Zukunft ein Zuzugsgebiet bleiben. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bleibt damit eine der wesentlichen Aufgaben. In den nächsten Jahren sind große Verkehrsprojekte für unsere Region auf den Weg zu bringen. Die Auflösung des alltäglichen Staus auf der Saalburgchaussee bleibt eine der dringendsten Aufgaben der kommunalen Verkehrspolitik im Hochtaunuskreis.

Die SPD im Hochtaunuskreis tritt weiterhin für eine Untertunnelung der PPR-Kreuzung in Bad Homburg v. d. Höhe ein. Die Durchlässigkeit der PPR-Kreuzung und ein zügiger Verkehrsabfluss auf die Autobahn (A661) ist der Schlüssel zur Lösung des Problembereichs „Saalburgchaussee“. Wir werden uns für die Lösung dieses Problems unter Berücksichtigung der Interessen der beteiligten Parteien einsetzen, da sonst das Usinger Land weiter benachteiligt wird. Die Realisierung dieses Projektes werden wir in enger Abstimmung mit der Stadt Bad Homburg vorantreiben, um die berechtigten Interessen der Anwohner in diesem Bereich zu wahren. Daneben unterstützen wir die Erweiterung der Taktzeiten und der Kapazität der Taunusbahn durch stärkere Triebwagen als vordringliche Aufgabe, um eine weitere Entlastung der Saalburgchaussee sicherzustellen. Entlang der Taunusbahnstrecke sollen Elektro-Tankstellen (Park&Charge) mit Photovoltaikanlagen für E-Bikes oder Pedelecs errichtet werden, um den ÖPNV noch umweltfreundlicher und attraktiver zu machen.

Wir werden die Querverbindungen nach Limburg, Wetzlar und in die Wetterau vorantreiben. Die SPD befürwortet die Weiterführung der S5 über Friedrichsdorf bis

nach Friedberg. Als Zwischenlösung wollen wir das Angebot der derzeit auf dieser Strecke pendelnden Regionalbahn weiter verbessern. Die SPD setzt sich ebenfalls weiterhin für die zügige Realisierung der **Regionaltangente West (RTW)** ein.

1.5. Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Verwaltungsentscheidungen müssen stärker als bisher auf die unterste Verwaltungsebene (Städte und Gemeinden) delegiert werden, um so bürgernäher agieren zu können. Dies setzt einerseits eine entsprechende finanzielle Ausstattung der untersten Ebene voraus, die nicht durch eine immer weiter steigende Kreisumlage ausgehöhlt wird. Zusätzlich können bestimmte Aufgaben durch eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gemeinsam bewältigt werden. Hierzu gibt es im Hochtaunus bereits erste Beispiele (z.B. Neu Anspach – Usingen), die es fortzuführen und auszubauen gilt.

1.6. Europa im Kreis sichtbar machen

Um den Hochtaunuskreis im europäischen Kontext besser zu positionieren und für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Unternehmen im Kreis als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen, ist es erforderlich, das Europabüro im Landratsamt zu stärken und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dafür muss das Personal in die Lage versetzt zu werden, andere über die Europäische Union und ihre Programm und Fördertöpfe zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Wünsche an die EU loszuwerden. Wir fordern daher den Kreis auf, sich an der nächsten Ausschreibung der Europäischen Kommission für die Errichtung eines EUROPE DIRECT- Informationszentrums – angesiedelt im Landratsamt – zu beteiligen. Eine solche europäische Info-Stelle wird mit bis 25.000 Euro aus dem EU-Haushalt im Jahr gefördert und ist daher kostenneutral.

2. Gerechte und nachhaltige Finanzwirtschaft

Die Wirtschaftskrise und die daraus resultierenden Steuereinträge des Bundes und der Länder wirken sich massiv auf die finanzielle Lage der Kommunen aus. Die Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung hat diese Entwicklung noch verstärkt. Allein die Steuerausfälle, die durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer bei den Hotelübernachtungen im Staatshaushalt entstehen, führen direkt zu Leistungseinschränkungen im kommunalen Bereich.

Die Hessische schwarz-gelbe Landesregierung plant, den Kommunen weitere 400 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich ab 2011 zu streichen. Die schwarz-

gelbe Koalition auf Kreisebene tut das ihrige, indem sie durch eine ständig steigende Kreis- und Schulumlage den Kommunen die letzte Handlungsfreiheit nimmt. Die Finanzen im Hochtaunuskreis sind durch eine mangelhafte Finanzplanung auf Kreisebene aus dem Ruder gelaufen. Mit aktuell über 650 Millionen Euro Schulden wird zukünftigen Generationen jeglicher Handlungsspielraum genommen. Das Schulbauprogramm, dessen Kosten durch Architektenwettbewerbe und Luxusbauten in astronomische Höhen geschneit sind, die finanzpolitische Misere bei den Hochtaunuskliniken inklusive der mangelnden Transparenz bei der Neubauplanung sowie dem Taunus-Menü-Service fordern finanzpolitischen Sachverstand, der in der aktuellen schwarz-gelben Koalition nicht vorhanden ist. Stattdessen hat die Entwicklung im Hochtaunuskreis in den vergangenen Jahren die Grundsätze einer seriösen Finanzpolitik in eklatanter Weise missachtet. Ein höherer Schuldenstand ist zwischenzeitlich nur akzeptabel, wenn die weitere Schuldenaufnahme mit einem durchdachten Konsolidierungsprogramm verbunden wird. Wir sorgen dafür, dass im Rahmen eines zu erstellenden Konsolidierungsprogramms Einsparpotentiale über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren dargestellt werden.

Durch diese Maßnahmen wird der Hochtaunuskreis seinen finanziellen Handlungsspielraum erhalten und gleichzeitig in die Lage versetzt, die Abgabenlast der Städte und Gemeinden des Hochtaunuskreises zu senken. Die SPD tritt deshalb für eine mittelfristige Reduzierung der Kreisumlage ein. Eine weitere Erhöhung wird abgelehnt. Nur hierdurch kann die finanzielle Handlungsfähigkeit insbesondere der kleineren Städte und Gemeinden für die Zukunft gesichert werden. Gleichzeitig werden durch die Senkung der Kreisumlage die finanziell weniger starken Städte und Gemeinden im Hochtaunuskreis in die Lage versetzt, einheitliche Lebensbedingungen zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere auch für die Kommunen im Usinger Land.

3. Gerechte Politik für Familien

Bedingt durch die demografischen Veränderungen wird Familienpolitik zukünftig sehr viel stärker alle Generationen einbeziehen, d.h. junge Familien, aber auch ältere Familienmitglieder, die in Mehrgenerationenkonzepten Berücksichtigung finden. Politik für Familien beinhaltet die Möglichkeiten der Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Schul- und Bildungspolitik sowie das Zusammenleben von Generationen. Die Hochtaunus-SPD wird hierauf den Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit legen. Wir wollen den Hochtaunuskreis zu einem

Familienkreis machen, der alle Generationen in den Zukunftsplanungen durchgängig berücksichtigt.

3.1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Wunsch, Familienfürsorge und berufliche Entwicklung miteinander zu verbinden, besteht heute bei einer überwiegenden Zahl junger Familien. Dazu gehört in erster Linie ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen. Die SPD wird sich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass

- allen Eltern ausreichend und bezahlbare Tagesmütter zur Verfügung stehen und alle Initiativen dieser Art finanziell unterstützt werden,
- an allen Grundschulen zwischen 8.00 und möglichst 18.00 Uhr eine Betreuung für alle Kinder sichergestellt ist,
- flächendeckend Ganztagschulen eingeführt werden,
- die Ausweitung der betreuenden Grundschule auf die dritte und vierte Klasse stattfindet,
- schrittweise in allen Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippen- und Hortplätzen geschaffen wird. Außerdem muss das Angebot an Ganztagesplätzen in den Kindergärten ebenfalls ausgebaut werden, um den Bedürfnissen junger Familien zu entsprechen.
- auch Arbeitgeber in Kooperation mit dem Hochtaunuskreis entsprechende Angebote schaffen können.

3.2. Schul- und Bildungspolitik mit Blick auf nachfolgende Generationen

Der Landkreis ist Schulträger und damit verantwortlich für die Gebäude und materielle Ausstattung der Schulen. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung entscheidet der Kreis über Schulstandorte und Schulformen. Diese Organisation der Schulstruktur wird durch die SPD in den kommenden Jahren einer Überprüfung unterzogen, um gegebenenfalls alternative Möglichkeiten der Organisation zwischen Land, Kreis und Stadt bzw. Gemeinde vorzuschlagen. Wir werden uns weiterhin in der Schul- und Bildungspolitik insbesondere für folgende Schwerpunkte einsetzen:

Transparenz und Planungssicherheit beim Schulbau forderten wir bereits im Wahlprogramm 2006 in Verbindung mit einer Prioritätenliste für die Schulbaumaßnahmen. Eltern, Lehrer und Schüler hätten damit Planungssicherheit. Unsere diesbezüglich gestellten Anträge wurden gänzlich von der Mehrheit -

bestehend aus CDU, FDP und FWG - abgelehnt. Auch an die Zukunft denkend liegt uns der gesicherte Unterhalt von sanierten und neu erstellten Gebäuden am Herzen. In Zeiten knapper Haushaltsmittel müssen die Notwendigkeit, der pädagogische Nutzen und die Nachhaltigkeit, nicht das Verwirklichen von Prestige-Objekten im Vordergrund stehen. Dass dies nicht zu Lasten der Qualität geschehen muss, zeigt die Modulbauweise am Gymnasium in Usingen.

Die personellen Ressourcen sind an dem Bedarf auszurichten. Im Interesse der Schulgemeinschaft soll jede Schule durch einen eigenen Hausmeister betreut werden. Ebenso wird die SPD eine gute personelle Ausstattung der Schulsekretariate sicherstellen.

Die Sauberkeit von Schulen war in den letzten Jahren immer wieder ein Problem. Hier hat der Kreis am falschen Ende gespart. Wir unterstützen eine Regelung, die es den Schulen ermöglicht, selbstbestimmt das Reinigungspersonal auszuwählen, mit dem sie zusammenarbeiten wollen.

Wir unterstützen die zeitgemäße Schulausstattung unter anderem durch den Ausbau des Projekts „Schule digital“. Der Kreis stellt die Infrastruktur, damit unsere Schüler Medienkompetenz erwerben können. Viel Geld für Hard- und Software auszugeben nutzt jedoch nichts, wenn an der Schule nicht für eine ausreichende Betreuung und Pflege der IT-Geräte und Programme gesorgt ist.

Wir fordern für die Schulen die Bildung selbstständiger Organisationen mit eigener Profilbildung. Für die selbst gewählten Interessenschwerpunkte insbesondere der weiterführenden Schulen wird sich die SPD dafür einsetzen, dass erforderliche Materialien und Räume zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang sehen wir auch das flächendeckende Angebot von qualifizierten Ganztagschulen. Deren Ausbau wurde in den vergangenen Jahren von uns nachdrücklich gefordert. Es ist und bleibt Teil unseres Bildungskonzepts. Die Eigenständigkeit von den Schulen im Hochtaunuskreis kann nachhaltig unterstützt werden, indem auch Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation geschaffen werden, z.B. Vermietung von Räumen an Privatpersonen, Bonus für Energieeinsparungen, Unterstützung der Schülerfirmen u.a.m.

Im Rahmen der frühkindlichen Bildung hat die Kindergartenfachberatung des Kreises wesentlichen Einfluss auf die Übergänge in die Grundschulen. Eine qualifizierte Ausbildung und eine gute personelle Ausstattung sind daher unerlässlich und werden von der SPD eingefordert. Über diesen Weg kann der Hochtaunuskreis einen Beitrag zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans leisten. Wir werden alle Initiativen

der Städte und Gemeinden unterstützen, Stellen in den Kindergärten mit ausgebildetem Personal zu besetzen.

Unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ wird die SPD Institutionen wie z. B. die Volkshochschulen unterstützen, die für alle Bürgerinnen und Bürger ein qualifiziertes Angebot eröffnen.

Inklusion sowie die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention erfordern zukünftig verstärkte Anstrengungen des Hochtaunuskreises in diesem Bereich, auf die wir unser Augenmerk legen werden. Das Thema Inklusion ist Startschuss für eine neue Lernkultur, in der jedes Kind seiner Lernausgangslage und seinem Lerntempo gemäß individuell gefördert wird. Die SPD setzt sich dafür ein, die räumlichen und materiellen Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht bereit zu stellen. Dazu gehört unter anderem der barrierefreie Zugang zu allen Schulen im Hochtaunuskreis. Bereits geplante und umgesetzte inhaltliche Maßnahmen des Staatlichen Schulamts (wie z.B. das Projekt REBUS) zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention erfahren unsere Unterstützung und Begleitung. Auch wenn nach der neuen UN-Behindertenrechtskonvention verstärkt auf Regelbeschulung für benachteiligte Schüler gesetzt werden soll, werden Förderschulen dadurch nicht überflüssig. Für die bestehenden Förderschulen im Kreis ist daher schnellstmöglich eine Neukonzeption zu erstellen. Sollten demnach für die Pestalozzischule in Bad Homburg und der Heinrich-Kielhorn-Schule kein Neubau mehr erforderlich sein, müssen die Schulen neu aufgestellt und vor allem endlich saniert werden.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch an den Gymnasien schulpsychologische Beratungen angeboten werden.

3.3. Gerechte Politik für Kinder und Jugendliche

Für Kinder und Jugendliche sollen attraktive Freizeitangebote, Ferienspiele und Ferienfahrten angeboten werden. Dazu gehören sportliche wie kreative oder kulturelle Angebote, die für Kinder und Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem Einkommen kostenfrei genutzt werden können. Alle Aktivitäten, die aus Eigeninitiativen hervorgehen, sollen Unterstützung finden. Jugendzentren, auch selbstverwaltete, sollen bedarfsgerecht gefördert werden. Wie in anderen Landkreisen längst üblich, wird sich die SPD für ein Jugendbildungswerk einsetzen, das die verschiedenen Projekte und Angebote der Jugendarbeit strukturiert und koordiniert, so dass auf sich verändernde Situationen angemessen und schnell reagiert werden kann.

Um Jugendlichen auch die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen zu später Tageszeit zu ermöglichen, unterstützen wir die Einführung eines Jugendtaxi.

3.4. Politik für die ältere Generation

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Anteil der älteren Menschen bundesweit zunehmen. Dieses gilt besonders für den Hochtaunuskreis, da viele ältere Menschen gern ihren Alterswohnsitz im Taunus wählen. Der Erfahrungsschatz von Senioren muss zum Wohle der Gemeinschaft genutzt werden.

Die Sozialdemokraten unterstützen jede Form der Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben. Auch müssen ausreichende Maßnahmen getroffen und ein Angebot an Hilfen zur Verfügung gestellt werden, damit ältere Menschen ihr Leben aktiv und frei gestalten können. Im Rahmen einer Politik für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger setzt sich die SPD für die Förderung des bereits bestehenden Engagements freier Träger ein (wie beispielsweise dem VdK, der AWO und dem DRK) sowie für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen.

Der bestehende Altenhilfeplan ist lückenhaft und die darin aufgeführten Angebote sind unbefriedigend. Wir werden ihn überarbeiten.

Die Angebote von Vereinen, Institutionen, Selbsthilfegruppen und viele andere Angebote für Seniorinnen und Senioren werden wir transparenter und überschaubarer darstellen. Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen könnten zum Beispiel durch Mehrgenerationen- und Wohnhäuser im Bereich der Kinderbetreuung oder der gegenseitigen Hilfe genutzt werden. Hier lassen sich Kontakte knüpfen sowie Angebot und Nachfrage zusammen bringen.

Darum fordert die SPD für den Hochtaunuskreis in allen Kommunen die Einrichtung von Seniorenbüros, Seniorenbeiräten bzw. im Hochtaunuskreis die Einrichtung einer Leitstelle für ältere Menschen und für deren Angehörige, die kurzfristig Hilfe und Unterstützung benötigen.

Die SPD wird alle Bestrebungen unterstützen, die eine wohnortnahe Unterbringung älterer Menschen im Alter sicherstellt. Ältere Menschen brauchen bezahlbare Wohnungen in angemessener Größe, die ihren spezifischen Lebensbedingungen entsprechend ausgestattet sind. Bei allen städtebaulichen Planungen wird die SPD darauf hinwirken, dass ausreichend seniorengerechte, barrierefreie Wohnungen zur Verfügung stehen. Der Wohnungsbau sollte das Zusammenleben über Generationsgrenzen hinweg fördern und sowohl ein eigenständiges wie auch ein

betreutes Wohnen möglich machen. Deshalb wird die SPD den Bau oder Umbau von Wohnungen und Häusern, die für die Gründung von Senioren-Familien in Frage kommen, verstärkt fördern.

Alt sein heißt nicht krank sein. Es ist unser Ziel, dass jeder Bürger im Hochtaunuskreis auch im hohen Alter ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Wir wollen, dass für ältere und auf Hilfe angewiesene Menschen das Angebot an Betreuungseinrichtungen wie geriatrische Tageskliniken oder Wohngemeinschaften in Zusammenarbeit mit freien Trägern weiter ausgebaut wird. Besonders für Menschen mit niedrigeren Einkommen muss eine wohnortnahe Versorgung oder Sicherstellung der Mobilität gewährleistet sein.

Angebote in der ambulanten und häuslichen Pflege unterstützen selbstbestimmtes Leben. Das Angebot der Sozialstationen muss aufgrund wachsender Zahlen älterer Menschen ausgeweitet werden und besser miteinander vernetzt werden. Dazu zählen auch, nach dem Gesetz vorgeschriebene Pflegestützpunkte, die im Landkreis bislang noch fehlen. Die SPD dringt darauf, dass diese endlich eingerichtet werden.

4. Hochtaunus mit gerechter Sozialpolitik

In einer Zeit da viele Entwicklungen in der Gesellschaft als ungerecht empfunden werden, kommt es verstärkt darauf an, auf kommunaler Ebene die notwendige soziale Infrastruktur bereitzustellen. Dazu gehören Kindergärten, Sozialstationen, Einrichtungen für Senioren, Gesundheitsdienste, Beratungsstellen und vieles mehr. Wer nicht mehr in der Lage ist sich selbst zu versorgen, muss auf die notwendige Unterstützung bauen können.

4.1. Hilfen für die Gesundheit und ein würdiges Leben

Zur ortsnahen Sicherstellung der ärztlichen Versorgung setzen wir uns sowohl für einen Klinikneubau mit Grund- und Regelversorgung in Usingen, das in kommunaler Hand bleibt, und eines Neubaus in Bad Homburg ein.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass die kreiseigenen Krankenhäuser betriebswirtschaftlich und professionell geführt werden.

Genauso halten wir den Fortbestand und Neubau des Landeskrankenhauses für psychisch Kranke am alten Standort in Friedrichsdorf-Köppern für notwendig. Darüber hinaus fordern wir, dass die kreiseigenen Krankenhäuser betriebswirtschaftlich und gesundheitsdienstlich effizient geführt werden. Die aktuellen Entwicklungen im

Gesundheitswesen führen zu einer mangelnden Ärzteversorgung im ländlichen Raum, von der insbesondere auch das Usinger Land betroffen ist. Die SPD wird sich dieser Thematik verstärkt annehmen und dafür einsetzen, hier durch Initiativen eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

In der Gesundheitsfürsorge besteht im Hochtaunuskreis ein breites Hilfeangebot, sei es für psychisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen, als Selbsthilfegruppen oder Hilfeangebote in kritischen Lebensphasen für alle Altersgruppen. Wir wollen, dass diese Angebote umfassend wahrgenommen werden können, d.h. für jeden Ratsuchenden schnell, unbürokratisch und wohnortnah zu erreichen sind.

Abgesehen von kommunalen Angeboten gibt es im Hochtaunuskreis zahlreiche Vereine und Initiativen sowohl in kirchlicher Gebundenheit als auch als freie Träger. Diese sind in vielen Bereichen der Gesundheitspflege, Beratung und Betreuung tätig, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir wollen, dass diese Initiativen gestärkt werden und ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten. Um das damit einhergehende ehrenamtliche Engagement zu fördern, lehnen wir es ab, dass der Landkreis in eigener Regie und „Kontrolle“ Aufgaben übernimmt, die von leistungsfähigen und in der Sozialarbeit erfahrenen Trägern übernommen werden können.

Für psychisch erkrankte Menschen sind wohnortnahe Hilfe- und Betreuungseinrichtungen in Form von Tageskliniken und ambulanter ärztlicher Versorgung sicherzustellen. Die Abwanderung von Ärzten, besonders im Bereich der Kinderpsychiatrie, wollen wir verhindern und wenn unausweichlich, durch alternative Angebote ersetzen.

Für suchtkranke oder suchtgefährdete Menschen aller Altersgruppen muss ein ausreichendes Hilfeangebot bereit stehen. Die Drogenberatung in Bad Homburg sowie die mobilen Beratungsdienste und Maßnahmen der Prävention finden die volle Unterstützung der SPD. Weil aber viele Jugendliche und junge Erwachsene diese Angebote nicht wahrnehmen, will die SPD, dass in den Zentren jugendlicher Treffpunkte besonders in den Abendstunden und am Wochenende mehr aufsuchende Sozialarbeit geleistet wird bzw. Streetworker eingesetzt werden.

4.2. Gerechte Politik bei Arbeitslosigkeit und Armut

Der Hochtaunuskreis ist einer der wohlhabendsten Landkreise in der Bundesrepublik. Armut und Arbeitslosigkeit können verhindert oder zumindest gemildert werden.

Wir wollen, dass Langzeitarbeitssuchende und Menschen mit geringem Einkommen nicht als Bittsteller behandelt werden. Darum fordern wir ausreichende

Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die den betroffenen Personen ein eigenständiges Einkommen und eine angemessene Alterssicherung ermöglichen. Dazu gehören eine transparente und größtmögliche Förderung der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Minijobs und sogenannte 1-Euro-Jobs als Dauerlösung lehnt die SPD ab.

Im Hochtaunuskreis soll an geeigneter Stelle ein Kaufhaus für gut erhaltene Möbel, Elektrogeräte und Haushaltsgegenstände des täglichen Bedarfs eingerichtet werden. In das Angebot sind mögliche niedrigschwellige Arbeitsplatzangebote einzubinden. Auf eine gute ÖPNV-Anbindung ist zu achten.

Besonders Jugendliche müssen gefördert werden. Dazu gehören u.a. Maßnahmen zum Erwerb weiterführender Bildungsabschlüsse ebenso wie eine qualifizierende Berufsausbildung, Sprachunterricht, Bereitstellung von Praktika und Hilfeangebote für ausbildende Betriebe.

Zur Bearbeitung von Beschwerden gegenüber den Jobcentern sind ein Beirat und ein unabhängiges Beschwerdemanagement einzurichten.

Darüber hinaus fordert die SPD einen Sozialpass für alle Hilfeempfänger für Mobilität, den kostenlosen Eintritt in Sport- und Freizeiteinrichtungen und Kulturveranstaltungen. Für Kinder und Jugendliche aus Hartz IV-Familien ist ein kostenloses Mittagessen in den Betreuungseinrichtungen und Schulen zu gewähren ebenso wie eine Weihnachtsbeihilfe. Eine jährlich zu aktualisierende Sozialplanung soll notwendige Hilfeplanungen möglichst früh erkennbar machen.

4.3. Schutz von Opfern häuslicher Gewalt

Im Falle von häuslicher Gewalt wollen wir, dass den Opfern ausreichend Schutz und Fürsorge gewährt wird. Dazu gehört, dass genügend Plätze in Frauenhäusern zur Verfügung stehen und Maßnahmen getroffen werden, Gewalt gegen Dritte, besonders gegen Kinder, mit Hilfe aufsuchender Sozialarbeit rechtzeitig zu erkennen und damit zu verhindern.

4.4. Menschenwürdiger Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen

Asylbewerber sind Flüchtlinge, sie genießen unseren Schutz. Sie haben ein Recht auf angemessene Unterkünfte und Unterhalt. Wir fordern, dass Flüchtlinge mit Kindern nicht in Sammellagern untergebracht werden. Wenn für Einzelpersonen ohne

Aufenthaltsgenehmigung Sammelunterkünfte unumgänglich sind, müssen diese in festen Häusern eingerichtet werden und jeder Person mindestens 10 qm Wohnraum zur Verfügung stehen. Containerlager wie in Oberursel lehnt die SPD ab, ebenso wie die Vergabe von Wertgutscheinen für Flüchtlinge zur Beschaffung ihrer täglichen Bedarfe.

Menschen mit Migrant*innenbiographien genießen unsere besondere Aufmerksamkeit. Ihnen sind die gleichen Rechte und Chancen zu gewähren, wie allen anderen Bürgern im Hochtaunuskreis.

5. Umweltbewusste Region mit Freizeitwert

Der Hochtaunus bietet die Möglichkeit, in einer reizvollen Umgebung Leben und Arbeiten zu verbinden. Freizeitgestaltung in der Natur, Sport und Kultur lassen sich hier nutzen.

5.1. Sport und Freizeit

Die SPD fordert weiterhin eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Vereine und Verbände im Landratsamt. Diese kann Anlaufstelle für verwaltungsbezogene Probleme besonders der kleineren Institutionen sein, um hier effiziente Hilfeleistungen sicher zu stellen.

Die Förderung der Vereine und Fachverbände sehen wir in unseren Forderungen:

- die finanziellen Mittel effektiver auszuschöpfen
- verbindliche Sportförderrichtlinien zu schaffen
- den Schul- und Jugendsport besonders zu fördern
- die jährliche Durchführung der Sportlerehrung auf der Grundlage verbindlicher Richtlinien
- die bessere finanzielle Unterstützung für Übungsleiter
- weiterhin die Schulsportanlagen für ehrenamtliche Vereine kostenlos zu überlassen
- sämtliche Sportanlagen regelmäßig zu pflegen und zu warten

Die SPD ist weiterhin ein verlässlicher Ansprechpartner und wird die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen fördern.

Der Ausbau und die Bewerbung des Radverkehrswegenetzes ist - auch mit dem Ziel, den Tourismus auszubauen - weiter voranzutreiben. Wir setzen uns für ein geschlossenes Radwegenetz ein und kümmern uns um sichere Abstellplätze für Fahrräder und E-Bikes an Bahnhöfen und Bushaltestellen.

5.2. Kultur

Die kulturelle Vielfalt des Hochtaunuskreises sowie dessen geschichtlichen Hintergrund gilt es zu bewahren, fortzuentwickeln und sichtbar zu machen. Ein lebendiges kulturelles Leben ist der Motor für neue Ideen und neue Entwicklungen. Das gilt für alle Gruppen der Gesellschaft, für alle Religionen und Lebensformen. Ein lebendiges, für alle Bürger zugängliches kulturelles Angebot begünstigt das soziale Zusammenleben, fördert kreative Prozesse und nicht zuletzt die regionale Wirtschaft.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es, die Basis für ein friedliches Miteinander und die gegenseitige Akzeptanz zu schaffen. Im Kreis bestehen zahlreiche Vereinigungen, die vor Ort kulturell tätig sind und die Aktivitäten des Hochtaunuskreises durch ein hervorragendes, vielfältiges Kulturangebot bereichern. Den überwiegend ehrenamtlich Tätigen soll die Arbeit auch dadurch erleichtert werden, dass ihnen kreiseigene Räume für ihre Proben und Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Bereits heute gibt es in vielen Orten des Hochtaunuskreises kulturelle Sommeraktivitäten, von denen aber viele Menschen kaum etwas erfahren. Die SPD plädiert für die Koordination der Kulturangebote. Die Anfänge hierzu sind gemacht, doch wollen wir erreichen, dass die Zusammenstellung der Kulturangebote konzentrierter erfolgt und eine breitere Veröffentlichung erfährt.

Wir werden uns weiterhin für die Förderung der Saalburg, des Hessenparks und des Weltkulturerbes Limes einsetzen. Als längst fälliger Schritt wird die schon 2007 von der SPD geforderte Denkmaltopografie für den Hochtaunuskreis angestrebt.

5.3. Integration

Die SPD unterstützt nachdrücklich die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger wie auch die Förderung der Kulturen und Traditionen der einzelnen Volksgruppen im Hochtaunuskreis. Wir haben mit unserem Antrag 2007 erreicht, dass alle 2 Jahre ein Integrationspreis vergeben wird, der Menschen ehrt, die sich ganz besonders für die Belange der ausländischen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt haben. Die Pflege der Kreispartnerschaften hat Tradition, wir werden unser Engagement fortführen, damit Verbindungen erhalten und darüber hinaus ausgebaut werden.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Förderung von Schüleraustauschfahrten. Sehen wir hierin doch ein sehr geeignetes Mittel, jungen Menschen Werte wie Toleranz, Akzeptanz, Rücksichtnahme, Empathie und Weltoffenheit zu vermitteln, um somit dem Rechtsextremismus präventiv zu begegnen.

Selbstverständlich unterstützt die SPD darüber hinaus Städte-, Gemeinde- und Gebietspartnerschaften wie sie z.B. für Gilboa in Israel besteht.

5.4. Umwelt schützen und erhalten

Der Taunus ist eine ökologisch bedeutende Kulturlandschaft, deren Erhalt und Pflege eine wichtige Aufgabe ist. Waldflächen als Schutzwald sowie Naturschutzgebiete sind vermehrt auszuweisen. Ebenso sind Biotop- und Artenschutzmaßnahmen sowie die Ausrichtung von Forstwirtschaft, Land- und Wasserwirtschaft und Jagd auf ökologische Prinzipien zu verstärken. Die Anlage und der Erhalt von Feldgehölzen, Streuobstbeständen, Hecken und Obstbaumreihen sind weiter zu fördern. Der Taunus als beliebtes Naherholungsgebiet soll in dieser Funktion gefördert und geschützt werden. Die SPD spricht sich deshalb für eine weitere Vernetzung der Natura 2000 Flächen aus.

Wir fördern den Ausbau der umweltverträglichen Landwirtschaft.

Die Förderung eines „sanften Tourismus“ muss das Ziel der nächsten Jahre sein. Dies hat in enger Kooperation mit dem Naturpark Hochtaunus, der Taunus Touristik Service e.V. und dem Regionalpark zu geschehen.

Wir setzen uns für die Einführung eines „Taunustickets“ ein. Dadurch wird der ÖPNV attraktiver. Kulturelle und touristische Angebote können so gut miteinander verzahnt werden.

5.5. Regenerative Energien

Die SPD wird auch zukünftig alle Maßnahmen unterstützen, die das Einsparen von Energie zum Ziel haben. Effektivere Nutzung und intelligenter Einsatz der vorhandenen Energien senken den Energieverbrauch am schnellsten. Der Einsatz der Sonnenenergie muss an dafür geeigneten Standorten vorgebracht werden. Die Sonnenenergie ist nicht nur zur Erwärmung des Brauchwassers, sondern auch zur Stromerzeugung (Photovoltaik) zu nutzen. Windenergie wird nur in einem gesellschaftlichen Konsens für bestimmte Standorte verfolgt. Der Kreis hat bei seinen Gebäuden eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Bei kreiseigenen Gebäuden ist regelmäßig zu prüfen, ob ein zukunftsweisendes Energienutzungskonzept anwendbar ist. Bei Neubau- und

Sanierungsmaßnahmen wird der „Passivhausstandard“ angestrebt. Als Mindeststandard ist bei Sanierungsmaßnahmen der KfW70-Standard anzusetzen (Energieeinsparverordnung ENEC 2009).

Der Kreis soll bei jedem Ersatzbedarf in seinem Fuhrpark nur Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Antrieben beschaffen. Außerdem ist die Nutzung landwirtschaftlicher Abfallprodukte aus der Region als Energieträger zu fördern.

Die Arbeit der Energieberatungsstelle in Verantwortung des Hochtaunuskreises soll beibehalten und ausgebaut werden. Wir entwickeln diese zu einem kreisweiten Energiedienstleistungszentrum weiter und setzen unser Gesamtenergiekonzept in Zusammenarbeit mit allen Kommunen im Hochtaunuskreis um.